

**Liberale Amerikaner jubeln:  
Michele Bachmann wird nicht mehr für den Kongress kandidieren**

*Zusammenfassung der US-Berichterstattung der Woche vom 27. bis 31. Mai 2013*

(wb) Es war die Meldung der amerikanischen Innenpolitik dieser Woche: Am Dienstag, dem 28. Mai verkündete die rechts-konservative republikanische Kongressabgeordnete Michele Bachmann, dass sie bei der kommenden Wahl nicht mehr antreten wird. Sie begründete ihre Entscheidung damit, ihre Amtszeit auf acht Jahre begrenzen zu wollen. Bachmanns Entscheidung wurde in liberalen Kreisen durchweg positiv aufgenommen. Die großen Zeitungen nahmen sie als Anlass für einen vernichtenden Rückblick auf ihre politische Karriere. So schreibt die *New York Times*, Bachmann habe ihre gesamte Amtszeit dazu genutzt falsche Anschuldigungen und Lügen zu verbreiten, welche einzig dem Zweck dienten Stimmung gegen den Präsidenten und die demokratische Partei zu machen. Auch die *Washington Post*, welche ihr die zweifelhafte Auszeichnung „Schlechteste Woche in Washington“ verlieh, betont Bachmanns auffällig hohe Verbreitung falscher Tatsachen. Allerdings komme ihre Ankündigung im Hinblick auf ihre zahlreichen Skandale und Misserfolge, etwa bei ihrer Kandidatur zur republikanischen Präsidentschaftskandidatin, wenig überraschend.

Unterdessen kam es in Virginia zu einer längst überfälligen Reform. Gouverneur McDonnell verfügte, dass alle nicht gewalttätigen Verbrecher, nachdem sie ihre Strafe verbüßt haben, automatisch ihr Wahlrecht zurückerhalten. Bisher musste jeder Ex-Häftling einen komplizierten Antrag auf die Wiedererlangung des Wahlrechts stellen, der vom Gouverneur persönlich genehmigt werden musste. Die *Washington Post* lobt McDonnell sehr für diesen Schritt und sieht in ihm einen wichtigen Beitrag zur Demokratie in Virginia. Sie kritisiert aber, dass Gewaltverbrecher und für bestimmte Drogendelikte Verurteilte von dieser Maßnahme ausgeschlossen sind. Außerdem sei es nicht möglich jeden, der von dieser neuen Regelung betroffen ist, aufzuspüren, da es keine Datenbank gibt, die alle nicht gewalttätigen ehemaligen Straftäter erfasst. Die *Washington Post* erkennt aber auch an, dass die jetzige Regelung im Rahmen der aktuellen politischen Möglichkeiten liegt und ruft zukünftige Gouverneure dazu auf, nach dem Beispiel McDonnells weiterzumachen.

Das Bestreben einer chinesischen Fleischverarbeitungsfirma den größten Schweinefleischproduzenten der Welt, das amerikanische Unternehmen Smithfield Foods Inc., aufzukaufen lenkte in dieser Woche die Aufmerksamkeit auf amerikanisch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen, besonders im Bereich der Lebensmittel. Besonders auffällig hierbei ist, dass in China die Nachfrage nach amerikanischen Lebensmitteln aufgrund zahlreicher Skandale in der chinesischen Lebensmittelindustrie stetig wächst, während immer mehr Amerikaner aus China importierte Lebensmittel kaufen, da diese besonders günstig sind. Die *Los Angeles Times* sieht diese Entwicklung in Amerika kritisch, erkennt aber auch eine Chance in dem möglichen Kauf von Smithfield Foods Inc. durch die chinesische Firma. Sie hofft, dass sich die amerikanische Bevölkerung ein Beispiel an der Bereitschaft der Chinesen nimmt, mehr Geld für hochwertigeres Essen zu zahlen. Befürchtungen, China könne den USA ihren Rang als führende Wirtschaftsmacht der Welt streitig machen, beschwichtigt die *New York Times*, indem sie der amerikanischen Wirtschaft einen entscheidenden Vorteil einräumt: die Fähigkeit der Markenentwicklung.

Quellen:

[www.latimes.com](http://www.latimes.com)

[www.newyorktimes.com](http://www.newyorktimes.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)